

ANSICHTS SACHE

BDKJ-Magazin Bistum Mainz
01.2025 | www.bdkj-mainz.de

• •

*Auseinandersetzungen zum
Phänomen Rechtsextremismus*

04 GRUNDLAGEN
RECHTSEXTREMISMUS

16 JUGEND IM
RECHTS(D)RUCK?



Liebe Leser*innen,

in den letzten Jahren haben vermehrt unterschiedliche Studien auf eine besorgniserregende Tendenz hingewiesen: Immer mehr junge Menschen sympathisieren mit nationalistischen und rechtsextremen Parteien oder vertreten ähnliche Ansichten. Auch rechte Gewalt ist verbreitet.

Als katholischer Jugendverband stellen wir uns mit unserer Arbeit dem bewusst entgegen. Wir stehen ein für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Kirche. Wir engagieren uns in der Gesellschaft und bieten ein politisches und wertebasiertes Bildungsangebot für junge Menschen. Der BDKJ bezieht offene Positionen gegen rechts-extreme Übergriffe und sieht seine Angebote als einen zentralen Bestandteil einer funktionierenden Demokratie in Deutschland.

Mit der Ausgabe 01.2025 „Für uns ist das keine Ansichtssache“ geben wir einen Einblick zum Phänomen Rechtsextremismus (Seite 4) und versuchen zu erklären, was Rechtsextremismus ist. Des Weiteren stellen wir die Arbeit der MBR - Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus der Regionalstelle Mitte in Rheinland-Pfalz vor (Seite 8).

In der Rubrik „GlaubensSache“ erklären die deutschen Bischöfe, warum rechtsextreme Parteien unvereinbar mit dem Engagement in der Kirche sind (Seite 10). Der Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung von 2024 „Aus christlicher Überzeugung für Demokratie“ wird auf Seite 12 zusammengefasst.

Im Artikel „Jugend im Rechts(d)ruck?“ der Rubrik „WissensWert“ (Seite 16) werfen wir einen Blick auf aktuelle Studien, Wahlergebnisse und dahinterstehenden Dynamiken sowie die Strategien der extremen Rechten, um junge Menschen zu beeinflussen und zu binden.

In der Rubrik „WertVoll“ (Seite 24) beantwortet das 1999 in Sachsen gegründete NDC - Netzwerk für Demokratie und Courage die Frage „Was tun in Zeiten des Rechtsrucks?“

„LesensWert“ (Seite 25) stellt die antifaschistische Zeitung „Lotta“ aus NRW, RLP und Hessen vor und präsentiert noch drei aufschlussreiche Instagram-Accounts über Demokratietarbeit.

Eine aufschlussreiche Lektüre und einen guten Wahlausgang der diesjährigen Bundestagswahl im Sinne der Demokratie und für eine zukunftsbejahende Politik wünscht:

Simone Brandmüller,
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

MITREDER

04 Grundlagen **Rechtsextremismus** Was ist Rechtsextremismus?

08 Vorstellung **MBR** Was ist die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus?

GLAUBENSACHE

10 **Unvereinbarkeit** Deutsche Bischöfe grenzen sich scharf von Rechtsextremismus ab

12 **Zusammenfassung BDKJ-Beschluss** Aus christlicher Überzeugung für Demokratie

MITMEMMEN

14 **Vorstellung** In-RAGE - Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.

15 **Vorstellung** Rheinhessen gegen Rechts e.V.

WISSENSWERT

16 **Zahlen, Dynamiken und Handlungsmöglichkeiten** Jugend im Rechts(d)ruck?

MITMACHEN

22 **Kinofilm** „Manchmal darf ich wählen“

23 **Zwei Kampagnen** Nach der „Generation jetzt!“ ist vor dem Jahresthema

WERTVOLL

24 **NDC - Netzwerk für Demokratie und Courage** Was tun in Zeiten des Rechtsrucks?

LESENSWERT

25 **Rezension** „Lotta - Antifaschistische Zeitung aus NRW, RLP und Hessen“

25 **Instagram** Aufschlussreiche Instagram-Accounts zum Thema

Was ist Rechtsextremismus?

*Womit haben wir es zu tun, wenn wir vom Phänomen
Rechtsextremismus sprechen*

Extreme Rechte, Faschismus, Neonazis. Wer sich an die Mobile Beratung (MBR) wendet, hat jeweils eine konkrete Vorstellung davon, was Rechtsextremismus ist. Bei uns laufen diese Vorstellungen zusammen. Nicht immer stimmen diese Vorstellungen überein. Warum die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus selbst ein Problem mit diesem Begriff hat, was er alles leisten muss und warum Gegenvorschläge fehlen.

In der Praxis der Mobilen Beratung ist der Umgang mit dem Begriff Rechtsextremismus ein Dilemma. Seit er in Gebrauch ist, hat sich eine umfassende Vorstellung von diesem Begriff und seiner Bedeutung gebildet. Das ist gut, weil sich solche Vorstellungen einfach transportieren lassen, ein komplexes Phänomen vereinfachen und damit viele Menschen erreicht. Problematisch daran ist, dass der eigentliche Gehalt des Begriffs verschwindet und die Vorstellung davon an seine Stelle tritt. Darum erklären wir erstmal, wovon wir eigentlich sprechen.

Rechts ...

Bei einem genaueren Blick auf den Wortgehalt zeigen sich Schwierigkeiten. Im alltäglichen Sprachgebrauch wird häufig von „rechts“ gesprochen, ohne dass eine klare Bedeutung und schon gar kein einheitlicher Konsens darüber besteht, was diesen Begriff füllt.

Erstens fassen wir unter den Begriff eine konservativ ausgerichtete Politik, die sich von gesellschaftlichen Veränderungen abwendet und glorifizierte Momente der Vergangenheit nostalgisch idealisiert. Dazu zählen wir die Vorstellung gesellschaftlicher Elitenbildung, die einem geringen Teil

der Gesellschaft ein Recht auf ein besseres Leben zuspricht als dem Rest der Menschen. Die Vorstellung einer gesellschaftlichen Hierarchie bildet die Grundlage für Ungleichwertigkeitsdenken.

Zweitens rechnen wir der Rechten einen Politikstil zu, der sich an Mehrheitsmeinungen orientiert anstatt mit eigenen Idealen zu einer politischen Willensbildung der Bürger*innen beizutragen. Zwar gibt es auch darüber hinaus populistische Ausprägungen, diese stehen aber hinter Vorstellungen konkreter Ideen zurück. Mehrheitspolitik kann als eine Methode rechter Politik verstanden werden.

Außerdem zählen wir zu einer rechten Weltanschauung nationalistische Positionen. Darunter verstehen wir hauptsächlich eine mystifizierende Aufladung der eigenen Nation durch Legenden oder Folklore, die einem Land, einer Kultur oder Sprachgemeinschaft einen gemeinsamen Sinn stiften sollen. Häufig wird statt von verbrämtem Nationalismus entschärfend von Patriotismus gesprochen, der sich im deutschen Diskurs aber inhaltlich nicht vom Nationalismus trennen lässt.

... extrem

Der andere Begriffsteil „Extremismus“ wirft noch größere Fragen auf. Der Begriff „Extremismus“ wurde in den 1970er Jahren populär und ersetzte den früheren Begriff des Radikalismus. Die Extremismustheorie, entwickelt von Eckhard Jesse und Uwe Backes, sieht die demokratischen Positionen der Gesellschaft von radikalen und „extremen“ umgeben, die die demokratische Ordnung verlassen haben. Diese Theorie ist umstritten, da sie die Gesellschaft stark vereinfacht darstellt, wobei rechts-extreme Einstellungen auch in der sogenannten

Mitte weit verbreitet sind. Zudem wird die Unterscheidung zwischen demokratischen und extremistischen Haltungen oft stark vereinfachend gezeichnet und ignoriert die Bedeutung von Gewalt und ideologischen Unterschieden. Der Extremismusansatz unterscheidet nicht nach inhaltlichen Kriterien wie Feindseligkeit gegenüber bestimmten Gruppen, sondern bezieht sich auf das Verhältnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (FDGO).

So ungeeignet der Extremismusbegriff für die Beschreibung des Phänomens auch ist, trägt er aber einen wichtigen Bestandteil zum Verständnis bei. Rechtsextremismus ist mehr als die Summe menschenverachtender Einstellungen oder der verschiedensten Vorstellungen die zugrunde liegen um Menschen unterschiedliche Wertigkeit zuzuschreiben. Über die Ausgrenzung erzeugende Diskriminierung hinaus muss die Bereitschaft Menschen ins Elend zu stürzen als Ausdruck misanthropischer Gleichgültigkeit benannt werden. Anders lassen sich die immer schrilleren Rufe nach „millionenfacher Remigration“ nicht interpretieren. In der Abschiedebatte trifft die immer breiter akzeptierte Gleichgültigkeit, Menschen lebensbedrohenden Situationen auszuliefern, auf einen immer selbstbewusster formulierten autoritären Herrschaftsanspruch.

Auch wenn dieser Herrschaftsanspruch kein Alleinstellungsmerkmal des Rechtsextremismus darstellt, darf er aber in dieser Betrachtung nicht unerwähnt bleiben. Die Deutungshoheit ist zentral, idealistische Ausprägung oder inhaltliche Doktrin stehen dahinter zurück. So formulierte auch der Regierungschef des faschistischen Italiens, Benito Mussolini: „Wir Faschisten haben keine Doktrin,

unsere Doktrin ist die Tat“. Heute wirkt es unzeitgemäß wieder von Faschismus zu sprechen. Wie eingangs beschrieben verdrängt auch hier die Vorstellung von der Sache ihren konkreten Inhalt. Faschisten haben nicht unbedingt etwas mit Gleichschritt oder Uniformierung zu tun, auch wenn das beliebte Werkzeuge sind um Geschlossenheit zu symbolisieren. Vielmehr sollte der Faschismus als Bewegung von einer definierten Gruppe zur Dominanz einer Gegengruppe verstanden werden, was aber häufig aus dem Fokus gerät. Alleine schon darum dient der Begriff nicht als Alternative zum Rechtsextremismus. Er fasst aber auch von seinem Gehalt nicht das, was der Rechtsextremismus füllt.

Also was?

Sprechen wir heute von Rechtsextremen gehört dazu ebenso die Systemfrage: Wie lässt sich die Demokratie abschaffen? Entsprechend formulierte es ein Vorbild des heutigen Rechtsextremismus: Joseph Goebbels, Propagandaminister der NSDAP, kündigte 1928 an, „sich im Reichstag an dem Waffenarsenal der Demokratie zu bedienen“ um den „Zustand von heute zu revolutionieren“.

Die dafür nötigen Mehrheiten liefert das Volk. Damit ist keine soziale Schicht, sondern eine ethnische Volksgruppe gemeint. Diese wird in Kombination mit nationalistischen Mythen als Schicksalsgemeinschaft verstanden, die über Generationen hinweg mit dem Land, auf dem sie leben, verwachsen sei. Daher ist bei völkischem Denken auch häufig die Rede von einer Blut-und-Boden-Ideologie, die auch gleichzeitig eine Begründung für die Ungleichwertigkeit der Menschen liefert und der hierarchischen Gesellschaft eine Ordnung verleiht.





Dafür braucht die heutige extreme Rechte auch keinen offenen Bezug auf den Neonazismus. Selbst Neonazis wollen vermehrt keine mehr sein und ziehen sich in Diskussionen um Schuld und Verbrechen des letzten Weltkriegs oder die Leugnung der Shoa zurück. Eine direkt erkennbare Traditionslinie würde sie juristisch belasten und das Unverständnis eines großen Teils der Gesellschaft auf sie ziehen. Darin findet sich auch die Distanz anderer extrem Rechter begründet. Aus der Deckung können sie den Diskurs besser beeinflussen und das Sagbare verschieben, bis sie Mehrheiten generiert haben.

Fazit

So problematisch der Begriff Rechtsextremismus in seiner Unschärfe und Begriffsherkunft bleibt, so geeignet ist er auch um ein Phänomen zu beschreiben, das nicht vereinfacht werden darf. Das sowohl eine individuelle wie auch gruppenspezifische Komponente beinhaltet, das politisch wirkt, sich kulturell verbreitet und emotional wirkt, die komplexe Einstellungslandschaft der Ungleichwertigkeitsvorstellungen umfasst und auf eine historische Traditionslinie zurückblickt. Dessen Akteur*innen

versuchen ihren Herrschaftsanspruch der ganzen Gesellschaft aufzuzwingen und staatliche Hoheit zu erlangen. Bis ihnen die dazu notwendigen Mehrheiten zur Verfügung stehen, verschleiern sie ihre Absichten.

Es ist Aufgabe der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus dafür zu sorgen, dass dieses komplexe Phänomen mehr Verständnis erfährt als seine klischeehaften Vorstellungen, die ohne Bilder oder beispielhafte Gruppen nicht auskommen. Die Gefahr einer Strategie der Zurückhaltung muss erkannt werden, bevor die extreme Rechte gesellschaftliche Dominanz erreicht und ein Prozess in Gang tritt, den niemand mehr aufhalten kann.

Das ist es, was wir meinen, wenn wir von Rechtsextremismus sprechen, von einem Phänomen. Wenn wir von konkreten Personen oder Organisationen sprechen ist die Rede von „extrem Rechten“. Damit versuchen wir einen Bruch deutlich zu machen in dem Wissen, das Dilemma nicht auflösen zu können, aber unserer Aufgabe nachzukommen.

TEXT MBR - Mobile Beratung gegen Rechts, BDKJ Mainz
FOTO MBR - Mobile Beratung gegen Rechts, BDKJ Mainz
ILLUS Simone Brandmüller, BDKJ Mainz



Manchmal wird das Modell auch als Hufeisen dargestellt, um die vermeintlichen extremistischen Ränder stärker in einen gemeinsamen Zusammenhang zu stellen.

Was ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus?

Die MBR bietet Unterstützung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vor Ort an. An dieser Stelle möchten wir einleitend uns und unsere Arbeit vorstellen

Ziel der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) ist es, ein starkes, zivilgesellschaftliches Netzwerk zu schaffen, das dem Rechtsextremismus entgegenwirkt. Dafür möchten wir eine demokratische Kultur stärken, die sich an den Menschenrechten orientiert, in der eine Kultur des Hinsehens und der gelebten Zivilcourage eine bedeutende Rolle spielt.

Die Unterstützung richtet sich an engagierte Einzelpersonen, Bündnisse, Initiativen, Vereine, Gewerkschaften, Parteien, Religionsgemeinschaften, Unternehmen, Schulen, Kitas, Kommunen und Verwaltungen.

Hintergrund und Arbeitsweise

Die Regionalstelle Mitte ist eine von vier Regionalstellen der MBR in Rheinland-Pfalz. Unsere Zuständigkeit umfasst die Landkreise Mainz-Bingen, Bad Kreuznach, Alzey-Worms, den Donnersbergkreis sowie die Kreisfreien Städte Mainz und Worms. Hier sind wir aufsuchend tätig. Das bedeutet, unsere Beratungsarbeit findet vor Ort statt.

Wir begleiten Einzelpersonen in konkreten Beratungsfällen und unterstützen aktive Bündnisse in ihrer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und tragen zu Vernetzung und Austausch zwischen Institutionen der öffentlichen Verwaltung, der Zivilgesellschaft und Einzelpersonen bei. In den letzten Jahren haben wir eine Zunahme rechter und rechtsextremer Aktivitäten erlebt, was ein stetiges, häufig kurzfristiges und entschlossenes Handeln erfordert. In solchen Situationen können Unsicherheiten entstehen, denen wir mit Fachwissen, professionellen Einschätzungen und Erfahrungswerten begegnen.

Wir warten nicht, bis etwas passiert, sondern handeln proaktiv in der Auseinandersetzung mit rechten Einstellungen, Antisemitismus, Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen oder anderen demokratiefeindlichen und autoritaristischen Einstellungen.

Dabei liegt unser Hauptaugenmerk auf der Beratungsarbeit. Wir verfolgen einen systemischen, sozialräumlichen Beratungsansatz und zeigen Handlungsoptionen auf.

Auch ohne konkrete Vorfälle versuchen wir, mit präventiven Angeboten das Entstehen menschenverachtender, autoritaristischer und antidemokratischer Haltungen zu verhindern und emanzipatorische Perspektiven zu stärken. Wir begleiten bei Konzeptarbeit, Vernetzung, Veranstaltungsplanung, Bildungsvermittlung, Vermittlung von Fachwissen oder helfen bei der Suche nach Referent*innen.

Über unser Einzugsgebiet und unsere eigene Struktur hinaus sind wir gut vernetzt und bieten Vernetzung zu anderen oder ergänzenden Beratungsstrukturen an, wenn die Expertise der Mobilen Beratungsteams nicht ausreichen sollte.

ANGEBOTE DER MBR:

1. BERATUNG & UNTERSTÜTZUNG:

Fachkundige Berater*innen stehen zur Verfügung um individuelle Strategien zu entwickeln, die helfen, rechtsextremen Formierungen oder Aktivitäten zu begegnen. Diese Beratungen können sowohl in persönlichen Gesprächen als auch in Gruppenformaten stattfinden.

2. FACHWISSEN:

Die MBR stellt ihre Beobachtungen und Einschätzungen in Vorträgen und Hintergrundgesprächen zur Verfügung. Wir bieten eigene Seminare zu ausgewählten Themen an und unterstützen bei der Gestaltung von Workshops.

3. VERNETZUNG:

Ein zentraler Aspekt unserer Arbeit ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur*innen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Wir unterstützen die Gründung und den Ausbau von Netzwerken und Bündnissen, um den Austausch von Informationen und Erfahrungen zu erleichtern.

4. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT:

Die MBR engagiert sich aktiv, um auf die Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam zu machen und die Gesellschaft zu sensibilisieren.

Fazit

Wir sind eine Anlaufstelle für alle, die sich aktiv gegen rechtsextreme Ideologie und für eine demokratische Gesellschaft einsetzen möchten und ermutigen Menschen, aktiv zu werden und sich für ein respektvolles Zusammenleben einzusetzen.

TEXT MBR - Mobile Beratung gegen Rechts, BDKJ Mainz
FOTO pixabay



Deutsche Bischöfe grenzen sich scharf von Rechts-extremismus ab

Rechtsextreme Parteien unvereinbar mit Engagement in der Kirche

Mit Sorge sehen die deutschen Bischöfe auf Gefahren für die Demokratie: Die derzeit größte extremistische Bedrohung Deutschlands komme von rechts. Gegen völkische Ideologien stellen sie das christliche Menschenbild - und wenden sich ausdrücklich gegen die AfD.

Völkischer Nationalismus ist für die deutschen Bischöfe mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Daher können auch rechtsextreme Parteien „und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern“, für Christinnen und Christen kein Ort der Betätigung sein, betonte die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) am Donnerstag in einer einstimmig verabschiedeten Erklärung. „Die Verbreitung rechtsextremer Parolen - dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus - ist überdies mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar“, so die Bischöfe. Die Kirche weise alle Formen von Extremismus mit Nachdruck zurück: „Sie sind unverantwortliche Gefährdungen des Gemeinwohls und der freiheitlichen Ordnung. Gegenwärtig stellt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung extremistischer Art für unser Land und für Europa dar.“

Die Erklärung erwähnt insbesondere die AfD. Die Partei sei nach mehreren Radikalisierungsschüben von einer völkisch-nationalistischen Gesinnung dominiert: „Die AfD changiert zwischen einem echten Rechtsextremismus, den der Verfassungsschutz einigen Landesverbänden und der Jugendorganisation der Partei attestiert, und einem Rechtspopulismus, der weniger radikal und grund-

sätzlich daherkommt. Der Rechtspopulismus ist der schillernde Rand des Rechtsextremismus, von dem er ideologisch aufgeladen wird.“ In beiden Fällen werden stereotypen Ressentiments gegen Geflüchtete, Migranten, Muslime und immer stärker auch gegen Juden freie Bahn verschafft.

Lob an Demonstrationen für Demokratie

Ausdrücklich begrüßt die Erklärung die Demonstrationen für Demokratie der vergangenen Wochen: „Wer aus demokratischem, freiheitlichem und menschenfreundlichem Geist heraus seinen Widerstand gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten bekundet, verdient unser aller Unterstützung und Respekt. Gut, dass zahlreiche Christinnen und Christen so engagiert mitwirken und sich für Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie einsetzen!“

Die Ideologie des Rechtsextremismus sei eine fundamental andere als die Sicht der Kirche. Während rechtsextremistische Gesinnungen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung zielten und die gleiche Würde aller Menschen relativierten, steht für die Kirche die unantastbare und unverfügbare Würde im Zentrum: „Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte. So ist die Menschenwürde der Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes.“ Politische Konzeptionen, die auf einem kulturell homogen gedachten eigenen Volk aufbauen und Solidarität nur innerhalb dieses völkisch-national verstandenen Volkes kennen, stehen



für die Bischöfe im Gegensatz zur katholischen Soziallehre: „Politisch, religiös oder rassistisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge müssen in unserem Land auch weiterhin Aufnahme finden. Und: Der Begriff des Gemeinwohls hat für die Kirche stets einen universalen Horizont. Daher treten wir für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein - auf Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit.“

Trotz der scharfen Abgrenzung vom Rechtsextremismus zeigen sich die Bischöfe offen für den Dialog mit Menschen, die für diese Ideologie „empfänglich, aber gesprächswillig“ sind: „Auch radikale Thesen sollen diskutiert, sie müssen aber auch entlarvt werden.“ Klarer Widerspruch gegen Rechtsextremismus bedeute auch nicht, dass existierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme - etwa bei der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit oder der Integration von Migranten - kleingeredet oder ignoriert werden könnten, so die Erklärung weiter. Das würde den rechten Rand nur weiter nähren. „Aber sämtliche Lösungsansätze müssen dem humanitären Ethos entsprechen, das im Christentum vor- und mitgeprägt ist und das die Grundlagen unseres Staates und der Gesellschaft in Deutschland definiert. Menschenwürde, Menschenrechte, besonders der Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem natürlichen Ende, sowie Solidarität sind dessen elementare Bestandteile“, heißt es in der Erklärung.

TEXT Felix Neuman, *katholisch.de*
ILLU BDKJ

„Die Verbreitung rechtsextremer Parolen - dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus - ist überdies mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar.“

Aus christlicher Überzeugung für Demokratie

Zusammenfassung des Beschlusses
der BDKJ-Hauptversammlung Mai 2024

Wir zeigen klare Kante gegen die extreme Rechte
Die Demokratie steht zunehmend unter Druck. Die Ergebnisse der Europawahl im Sommer, der Wahlkampf von Trump und dessen Präsidentschaftswahl in den USA im Herbst sowie populistische Aussagen von Bundespolitikern in den letzten Monaten, die sich jetzt bereit machen für einen Bundestagswahlkampf im Februar 2025, zeigen wie gefährdet demokratische Räume sind. Dies Alles ist erschreckend zu sehen und zeigt, wie Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sagbar geworden sind und wir merken schon heute den steigenden Rechtsruck in der Gesellschaft.

**DESWEGEN IST ES SO
WICHTIG, DASS WIR
UNS FÜR DEMOKRATIE
EINSETZEN!**

Wir wissen:
Extrem rechte Positionierungen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass auf bestimmte Personengruppen und deren Ungleichbehandlung. Dazu gehören unter anderem Frauen, Menschen mit internationaler Familiengeschichte, queere Menschen, jüdische und muslimische Menschen und Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen. Ein Ziel der extremen Rechten ist das Zerstören demokratischer Strukturen und Institutionen.

Die Mitte Studie (Friedrich-Ebert-Stiftung) zeigt: rechtsextreme Einstellungen sind in den letzten Jahren stark angestiegen und weiter in die ‚gesellschaftliche Mitte‘ gerückt; Menschen distanzieren sich zunehmend von der Demokratie; radikalieren sich zum Teil. Dabei ist eine enge Verschränkung mit weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit zu beobachten: darunter Antifeminismus, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit.

Wir stehen für demokratische Werte!
Wir setzen uns ein für eine demokratische, gleichberechtigte und solidarische Kirche und Gesellschaft und wenden uns gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung. Diese Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten und mit der Einhaltung und Wahrung der Menschenrechte weltweit.

**WIR ZIEHEN KONSEQUENZEN
FÜR DIE ARBEIT DES BDKJ:**

- » Wir beziehen offen Positionen gegen rechts-extreme Übergriffe und Gewalttaten, solidarisieren uns mit den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und Aufarbeitung ein.
- » Wir bieten politische wertebasiertes Bildungsangebot für junge Menschen an als ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie.
- » Wir vernetzen uns innerverbandlich und mit anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen.
- » Wir wählen nicht die AfD!



WIR FORDERN VON DER POLITIK:

- » keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen.
- » umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt, konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten.
- » Verstetigung der Finanzierung von Demokratieförderung und politischer Bildung.
- » Zurückdrängen extrem rechter und rechts-populistischer Positionen.
- » Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen.





WIR FORDERN VON DER KATHOLISCHEN KIRCHE:

- » Reform und Aufarbeitung: Wir fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, gegen Strukturen vorzugehen, die Frauen- und Queerfeindlichkeit, aber auch strukturellen Rassismus, Antisemitismus und Antijudaismus fördern und diese zu reformieren. Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht - auch aus dem Kontext der kolonialistischen Missionsarbeit - aufgearbeitet werden.
- » Stellung beziehen als moralische Instanz.
- » Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind: wie z. B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“.
- » Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten zu benennen und zu bekämpfen.

Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche, die frei von Diskriminierung sind. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir sind antifaschistisch. Wir sind demokratisch!

**UND DAFÜR
BRAUCHEN WIR EUCH!**

**Macht Euch bereit für die
Demokratieoffensive des BDKJ
zur kommenden Bundestagswahl!**

- » www.generation-jetzt.de
- »  **Aus christlicher Überzeugung für Demokratie!**
- »  **Gemeinsam aufstehen gegen Antifeminismus!**
- »  **Wir widersprechen - weil wir glauben!
Part II - 2020**
- » 

TEXT Daniela Hottenbacher, BDKJ-Bundsvorsitzende
ILLUS BDKJ

IN-RAGE

Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.

In-RAGE - das *Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.* besteht seit dem Jahr 2001 und hat inzwischen über 100 Mitglieder. Wir sind als Personenbündnis überparteilich aber nicht unparteiisch. Wir mischen uns ein - vor Ort. Schon länger greifen wir im Rahmen unsere Aktionen nicht nur lokale und regionale Themen auf.

Ende 2015 haben wir den *Ingelheimer Appell* formuliert und gemeinsam mit dem Runden Tisch Asyl der Stadt Ingelheim die Aktion *Ingelheim zeigt Gesicht* gestartet.

Anfang 2024 haben wir den Runden Tisch Ingelheim zeigt Gesicht für Demokratie und Rechtsextremismus ins Leben gerufen und gemeinsam den Ingelheimer Appell 2.0 formuliert, der seitdem die Basis des Selbstverständnisses unserer Stadtgesellschaft darstellt.

UNSERE AKTIVITÄTEN:

» **Aktionen und Aktionstage, Unterschriftensammlungen** u.a. zu(m) Mainzer Appell, Cities for Peace, Erhalt der Emmerichshütte, Irakkrieg und andere(n) kriegerische(n) Auseinandersetzungen, Flüchtlingspolitik, ...

» **Regelmäßige Infostände** (an jedem zweiten Samstag im Monat) u.a. über Hintergründe und Ursachen von Flucht und Asyl, über Rassismus, Neofaschismus und Rechts-Populismus, ...

» Organisation von und Teilnahme an **Aktionen und Demonstrationen** (seit 2019 insbesondere gerichtet gegen Naziaufmärsche in Ingelheim), Mahnwachen, ...

» **Informationsabende** u.a. zu Themen wie (offene) Jugendarbeit und Jugendkultur(en), dem Fall Hermann Berndes, Asyl- und Flüchtlingspolitik, ...

» **Gedenkarbeit** u.a. Stolpersteinaktionen, Zeitzeug*innen-Gespräche, Besuche von Gedenkstätten, ...

» **Ausstellungen** u.a. zum Thema Neofaschismus, Tatort Rheinland-Pfalz, ...

» **Konzerte, Musik-, Literatur- und Kabarettabende** u.a. mit Neues Glas aus alten Scherben, Rock for Help, Fred Ape, W. Lämmerhirt, D. Kittner, Ingelheim rockt gegen Rechts, Mutmach-Abende, ...

» **Kooperationsveranstaltungen** u.v.a.m.

» **Kontakt:** kontakt@in-rage.org

» **Informationen:** <https://www.in-rage.org>



Rheinhessen gegen Rechts e.V.

Rechtsextreme Aktivitäten haben in den letzten Jahren auch in unserer Region zugenommen. Rechts-extreme versuchen, Anhänger für ihre menschenfeindliche und antidemokratische Denk- und Handlungsweise zu gewinnen. Um diesen rechten Umtrieben der Rechten etwas entgegenzusetzen, haben Bürger*innen im Jahr 2008 den Verein „*Rheinhessen gegen Rechts e.V.*“ gegründet.

Rheinhessen gegen Rechts tritt aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung, Hass und Menschenverachtung und setzt sich für Verständigung sowie eine starke Demokratie ein. Der Verein vernetzt Akteur*innen und Projekte, die bereits aktiv sind gegen Rechtsextremismus. Gemeinsam arbeiten wir effektiver an unserem Ziel: Ein Rheinhessen, das für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt bekannt ist.

Viele Initiativen und Organisationen sind bereits aktiv gegen Rechtsextremismus und setzen sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung ein. Der Verein fördert Projekte in der Region, die den Abbau von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zum Ziel haben und sich für Verständigung der Kulturen sowie eine starke Demokratie einsetzen. Rheinhessen gegen Rechts vernetzt die Akteur*innen und Projekte und unterstützt sie bei ihrer Arbeit. Darüber hinaus initiiert der Verein selbst Projekte und leistet damit Aufklärungsarbeit über Rechtsextremismus in Rheinhessen.

ZUR ARBEIT DES VEREINS GEHÖREN U.A.:

- Regionale Informationsveranstaltungen zu Rechtsextremismus
- Demonstrationen gegen Rechts
- Durchführung von verschiedenen Trainings
- Verleihung des Jakob-Steffan-Preises

» Die Vereinsziele sind in der Satzung festgehalten. Der eingetragene Verein ist überparteilich organisiert. Rund 500 Mitglieder gehören dem Verein inzwischen an. Auch juristische Personen (Vereine und Organisationen) können Mitglied werden.

» Rheinhessen gegen Rechts e. V. ist ein ehrenamtlicher Mitgliederverein. Er lebt von der aktiven Mitarbeit seiner Mitglieder. Jede*r, der oder die sich für unsere offene, vielfältige und demokratische Gesellschaft einsetzen will, kann mitmachen! Entscheiden Sie sich für eine Mitgliedschaft und unterstützen Sie unsere Arbeit!

» **Kontakt:** mail@rheinhessen-gegen-rechts.de

» **Informationen:** <https://www.rheinhessen-gegen-rechts.de>



Jugend im Rechts(d)ruck?

Zahlen, Dynamiken und Handlungsmöglichkeiten

In den letzten Jahren haben verschiedene Studien auf einen besorgniserregenden Trend hingewiesen: Immer mehr junge Menschen sympathisieren mit populistischen, nationalistischen und rechtsextremen Parteien oder vertreten ähnliche Ansichten. Auch rechte Gewalt ist verbreitet. Doch was steckt dahinter? Dieser Beitrag wirft einen Blick auf aktuelle Studien, Wahlergebnisse, dahinterstehende Dynamiken sowie die Strategien der Extremen Rechten, um junge Menschen zu beeinflussen und zu binden und mögliche Gegenmaßnahmen. Dabei betrachten wir auch, welche Rolle soziale Medien und das Umfeld von Jugendlichen und jungen Erwachsenen spielen.

Ein Blick auf die Zahlen: Einstellungen und Verhalten

Die Shell Jugendstudie (Albert 2019) zeigt, dass junge Menschen zwar weiterhin größtenteils demokratische Werte unterstützen, aber eine wachsende Gruppe sich stärker rechts orientiert. Besonders auffällig sind eine wachsende Skepsis gegenüber Zuwanderung, eine Ablehnung der offenen Gesellschaft und verstärkte Sympathien für autoritäre Lösungsansätze. Hierzu zählen die Autor*innen insbesondere verhärtete „Nationalpopulisten“ (9 %), aber auch „Populismus-Geneigte“ (24 % der Jugendlichen).

Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Zick 2023) zeigt, dass etwa 12 % der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nationalistische und rechtsextreme Überzeugungen in Form eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes zeigen. Dies bedeutet die Befürwortung einer Diktatur, eine Zustimmung zu Nationalchauvinismus, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremden-

feindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Zum Vergleich: 8% der Gesamtbevölkerung weisen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild auf, die Zustimmungsrate lag im letzten Jahrzehnt bei 2-3%.

Die SINUS-Studie (Calmbach 2024) hebt hervor, dass vor allem Jugendliche aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Milieus eine erhöhte Neigung zu rechten Ideologien haben. Ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit, Stabilität und Zugehörigkeit treibe viele junge Menschen in die Arme populistischer Akteure, die einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Probleme anbieten.

Die Studie „Jugend in Deutschland 2024“ (Schnitzer 2024) sieht bei der jungen Generation einen deutlichen Rechtsruck, der aus der Sorge um die Sicherung des Wohlstands, einer hohen politischen Unzufriedenheit und einen „bröckelnden Zukunftsoptimismus“ resultiert. 68 % der Jugendlichen bereitet die Inflation Sorge (2022: 46 Prozent). Angst vor einem Krieg haben 60 % (2022: 68 Prozent). Vor einer Zunahme von Flüchtlingsströmen fürchten sich 41 % (2022: 22 %). Der Klimawandel besorgt 49 % (2022: 55 %). Den Autoren zufolge zeigen die Ergebnisse eine tiefe Verunsicherung und ein geringes Vertrauen die persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen beeinflussen zu können und „ein gutes Leben“ zu haben.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen zeigen eine hohe Bereitschaft die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen. Bei der Landtagswahl 2024 in Sachsen entschieden sich 31 % der Erstwählenden (Gesamtergebnis: 31%) für die AfD, in Thüringen taten dies mit 38 % der Erstwählenden überdurchschnittlich Viele (Gesamtergebnis: 32,8%).

Eine (nicht-repräsentative) Befragung von 7.000 Schüler*innen (14 bis 15 Jahre) im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (Goede 2019) kam zu folgenden Ergebnissen: 9 % der Befragten haben mindestens einmal eine Person aufgrund ihrer ausländischen Herkunft gehänselt, beschimpft oder hässliche Dinge über sie gesagt. In den letzten 12 Monaten haben dies 5,5 % der Jugendlichen getan. 2 % der Jugendlichen haben mindestens einmal eine Person aufgrund ihrer ausländischen Herkunft geschlagen oder dessen Dinge beschädigt. 1 % tat dies im letzten Jahr. 7,6 % der Befragten besuchen Seiten mit rechten politischen Inhalten. 3,9 % der Jugendlichen posten Bilder, Links oder Texte mit politisch rechtem Inhalt in sozialen Netzwerken. 86,2 % der Schüler*innen haben weder rechtsextreme Einstellungen noch rechtsmotivierte Handlungen ausgeübt.

Warum junge Menschen nach rechts abdriften

Die o.g. Studien zeigen: Globalisierung, Krisen und zunehmende soziale Ungleichheiten schüren Zukunftsängste bei Jugendlichen. Viele junge Menschen fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und suchen Halt und Auswege in politischen Konzepten der Extremen Rechten, die vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme bieten und (auch jungen) Menschen ein Gefühl von Kontrolle zurückgeben.

In multikulturellen Gesellschaften fühlen sich manche Jugendliche von der Vielfalt überfordert. Sie empfinden Migration und kulturelle Veränderung als Bedrohung ihrer Identität. Die Neue Rechte und rechtspopulistische Bewegungen bieten ihnen die Möglichkeit, sich über eine nationale oder ethnische Identität zu definieren.

Die Rolle der sozialen Medien ist entscheidend. Studien zeigen, dass rechtsextreme Akteure gezielt Plattformen wie YouTube, Instagram und TikTok nutzen, um junge Menschen zu erreichen. Diese Plattformen bieten eine ideale Umgebung für die Verbreitung von Feindbildern, simplifizierten Weltbildern und Fake News, die eine zunehmende Polarisierung und Radikalisierung verstärken.

Wahlverhalten

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen zeigen eine bemerkenswerte Entwicklung: Eine überdurchschnittliche Wahlbereitschaft unter Erstwählern für die Alternative für Deutschland (AfD). Welche Faktoren beeinflussen junge Menschen dazu, ihre Stimme dieser, in den Landesverbänden als gesichert rechtsextrem geltenden Partei zu geben?

Einen Teil der Antwort bieten die Jugendstudien an. In einer Zeit multipler Krisen können Klimawandel, globale Pandemien, Rechtsruck in vielen Demokratien, Wirtschaftskrisen und die Unsicherheit des Arbeitsmarktes tiefgreifende Ängste und Unsicherheiten bei jungen Menschen auslösen und politische Themen ins Zentrum rücken. Wirksamkeit erlangen sie aktuell, weil mit der AfD eine Partei sie seit Jahren in ihren Themen adressiert und ihre Emotionen und Bedürfnisse kanalisiert. Die AfD bietet einfache Lösungen an und schiebt die Schuld für die Unsicherheiten auf „die Anderen“ (Migranten, EU, politische Eliten etc.). Für junge Menschen, die sich nach Stabilität und Sicherheit sehnen und mit der gegenwärtigen Regierung unzufrieden sind, können diese Antworten attraktiv erscheinen und zu einer bewussten (nicht rechtsextrem verstandenen) Wahlentscheidung geführt haben.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen befinden sich in einem Prozess der Identitätsbildung und Deutung der Welt. Dies geschieht auch in Auseinandersetzung mit den Werten und Vorstellungen ihrer Eltern. In der Abgrenzung von elterlichen Werten (oder in der Übersteigerung elterlicher Normalitätsvorstellungen und Ablehnungshaltungen) neigt ein Teil der Jugend dazu, gegen das Establishment zu rebellieren - eine Rolle, die die AfD bewusst besetzt, indem sie sich als Anti-Establishment-Partei (gegen einen angeblich „linksgrünen Mainstream“) positioniert. Die Wahlentscheidung für die AfD kann daher auch als bewusste Positionierung gegenüber der Elterngeneration und deren Werten verstanden werden.

Die jungen Menschen sind digital integriert und nutzen vor allem soziale Medien wie TikTok, Instagram oder YouTube als Hauptinformationsquellen. Diese Plattformen sind für die Verbreitung von rechtspopulistischen Inhalten und simplen Botschaften anfällig, was zu einer verstärkten Konfrontation mit populistischen oder rechtsextremen Ideologien führen kann. Die AfD und andere Akteure der Extremen Rechten haben es geschafft, sich in diesen Netzwerken zu etablieren und gezielt junge Menschen anzusprechen, die sich über diese Kanäle informieren. Rechte Influencer*innen, Musik, Challenges, Videos von Aktionen, Ausschnitte von Reden in Parlamenten - alles was geht wird genutzt.

Action, Stärke, Identität oder Suche nach Zugehörigkeit: rechtsextreme Erlebniswelten

Die Extreme Rechte adressiert gezielt junge Menschen nicht nur durch politische Inhalte, sondern v.a. durch soziale Aktivitäten, die für Jugendliche eine hohe Attraktivität besitzen. Unterbreitet werden sie von Personen der „Neuen Rechten“ (z.B. Identitäre Bewegung, Junge Alternative, EinProzent, ...) oder neonazistischen Gruppen (Dritter Weg, Die Heimat/Junge Nationalisten, Active Clubs, ...). Die Gruppierungen und Szenen bieten jungen Menschen eine Vielzahl von Bindungsangeboten mit Erlebniswert: gemeinsame Treffen, Musik, Videos, Feiern und Konzerte, Demonstrationen, Kampfsport und heimliche Aktionen. Sie können teilhaben an körperbetonter Action wie dem Umgang mit Waffen. Jugendliche werden ideologisch geschult und juristisch belehrt.

Sie werden angeregt, Hass und Gerüchte zu verbreiten, vermeintliche Feinde anzugreifen. Eigene Treffpunkte laden ein zum Billard-Spielen und Musik hören, sogar Hausaufgabenhilfen sind im Angebot. Das Eintauchen in diese Erlebniswelt ist der politischen Beeinflussung vorgelagert. Die jungen Menschen versprechen sich von der Szene:

- » ERLEBNISGEWINNE
(Action, Verbotenes, Alkohol, Körperlichkeit),
- » SELBSTWERTGEWINNE
(Stärke, Macht, Anerkennung, Wertschätzung),
- » IDENTITÄTSANGEBOTE
(für etwas stehen, Glaube, politische Einstellung, Exklusivität),
- » ORIENTIERUNGSANGEBOTE
(Sicherheit, Ordnung, Regeln, Orientierung),
- » ZUGEHÖRIGKEITSANGEBOTE
(Kameradschaft, Verlässlichkeit, Schutz, Vorbilder).

Diese Angebote entfalten Anziehungskräfte, wenn sie mit den Biografien und den unerfüllten Bedürfnissen der jungen Menschen korrespondieren. So lassen sich negative Erfahrungen kompensieren: familiäre Konflikte, biografische Brüche, mangelnde positive Zuwendung und Anerkennung, Gefühle von Benachteiligung, Konkurrenz erleben, als Zumutungen erlebte Modernisierungsprozesse, Erfahrungen von Ausgrenzung, Misserfolg oder Gewalt. Doch auch privilegierte Jugendliche sind nicht immun: hier bieten Identitätsbrüche, Statusgefährdung, politisches Interesse, etc. Anknüpfungspunkte. Es können Ambitionen, Verantwortungsübernahme („für das eigene Land“) oder Kontakte zu „prominenten“ Personen wirksam werden. Auch unbearbeitete familiengeschichtliche Themen können hier eine Rolle spielen.

Eine Einbindung erfolgt neben Sozialen Medien v.a. im direkten Kontakt. Gleichaltrige haben einen großen Einfluss auf die politische Sozialisation von Jugendlichen. In rechten Cliques und rechtsextremen Gruppen suchen junge Menschen häufig Gemeinschaft und Anerkennung. Gruppendynamiken können zu einer verstärkten Radikalisierung führen: Gruppenidentität führt zur Übernahme von extremeren Einstellungen und Denkweisen. Durch eine verdichtete Kommunikation und wiederholte

Erzählungen werden Emotionen stimuliert, es besteht ein Gruppendruck mitzumachen, eine Polarisierung (Wir-gegen-Die-Anderen-Spaltung), eine Verlagerung von Verantwortung an die Gruppe macht riskantes Verhalten wahrscheinlicher. Gewalt und Straftaten werden mit der Dauer der Zugehörigkeit wahrscheinlicher.

Die Radikalisierung junger Menschen erfolgt dabei häufig schrittweise und wird durch Vorbilder oder die implizite Zustimmung von Familie und Freundeskreis unterstützt („Wir setzen das um, worüber ihr nur redet.“). Jugendliche, die in der rechtsextremen Szene Anerkennung finden, erleben eine Steigerung ihres Selbstwertgefühls und eine Bestätigung ihrer Handlungen. Die Szene bietet ihnen auch eine Möglichkeit, gesellschaftliche Regeln zu brechen und dabei Aufmerksamkeit und Respekt zu gewinnen.

Erfahrungen und Lebensbewältigung

Aus sozialpädagogischer Sicht lassen sich die beschriebenen Phänomene als Symptome von gesellschaftlichen Verunsicherungen interpretieren. Die junge Generation hat aufgrund ihrer Erfahrungen ein großes Thema mit der Angst vor Wohlstandsverlust, dem Gefühl von Machtlosigkeit, der Orientierung in einem mediatisierten Leben, mit Dauerkrisen (Wirtschaft, Politik, Umwelt, Terror etc.). Die Sorge ist, dass das Integrationsversprechen der Gesellschaft für sie nicht mehr gilt. Einstellungen und Verhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind kein Schicksal, sondern immer auch eine Antwort zur Bewältigung der ihr angebotenen Lebenschancen. Rechtsextreme Ideologien bieten eine vermeintliche Lösung, indem sie einfache Erklärungen und klare Feindbilder liefern um negative Gefühle und Spannungen zu externalisieren und auf bestimmte soziale Gruppen zu projizieren. Die Funktion solcher Ideologien liegt daher oft weniger in ihrem konkreten Inhalt als in den psychosozialen Bedürfnissen, die sie befriedigen.

Befindet sich „die Jugend“ also in einem Rechtsruck? Parteien der Extremen Rechten hatten in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder Konjunktur: die NPD in den sechziger Jahren, die Republikaner in den 80er/90er Jahren. Entfremdungstendenzen gegenüber dem politischen System haben ihre Konjunkturen seit den 1970er Jahren und zeigen sich unter anderem in sinkenden Wahl-

beteiligungen und diffuser werdenden politischen Zugehörigkeiten. Rechtsextreme Einstellungen und Verhalten nehmen in der Gesamtbevölkerung zu - auch in der jungen Generation. Dies ist eine Minderheit junger Menschen, die aktuell aber größer, sichtbarer, lauter und potenziell gewaltbereiter wird. Beispiele sind: zunehmende Hakenkreuzschmierereien, Hitlergrüße im Unterricht, Rassismus und Diskriminierung unter Gleichaltrigen, Singen feindseliger Lieder, Videos und Fotos mit entsprechenden Botschaften.

Jugendlichen steht eine rechtsextreme Erlebniswelt offen. Die Extreme Rechte betreibt ein professionelles Ereignismanagement und es gelingt ihr durch ihre Inszenierung, ihre Medienarbeit und Beeinflussungsstrategien immer weitere Zielgruppen anzusprechen und zumindest zeitweise zu binden. Sie greifen dabei in der Gesellschaft vorhandene Mythen, Feindbilder und Deutungsangebote auf und verstärken schimpfend das Bewusstsein von Gefährdung und Benachteiligung. Gesellschaftliche Werte, Normen und Weltansichten werden kontinuierlich attackiert und neu geformt, Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen Teilgruppen verstärkt, dem politischen System und dessen Vertreter*innen die Legitimität abgesprochen. Ergebnis ist eine Erosion des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Junge Menschen werden verstrickt in Hass, Rassismus, Diskriminierung, Wahlangeboten, Musik, Medien und Demonstrationen, Gewaltakzeptanz und Gewalt - es gilt, diesen „Rechtsdruck“ zu durchschauen.

Präventive Maßnahmen und Interventionen

Die Extreme Rechte ist ein vielschichtiges Phänomen. Verknüpfungen werden durch gesellschaftliche Unsicherheiten, aktuelle Politikgestaltung, biografische Erfahrungen, familiäre Sozialisation, digitale Medien und persönliche Krisen begünstigt. Um hier entgegenzuwirken, sind verschiedene Interventions- und Präventionsstrategien erforderlich.

1. Zukunftsfähige Politik, Vertrauen, Förderung von Dialog und Begegnung:

Es ist entscheidend, dass Jugendliche die Zukunftsfähigkeit von Demokratie und deren Handlungsfähigkeit konkret erleben, indem Politik und tragende gesellschaftliche Institutionen sich vor-

ausschauend um ihre Fragen und Themen kümmern und ihnen Zuversicht, Sicherheit und lohnende Zukunftsperspektiven bieten. Es braucht mehr Räume für soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe und mehr Gelegenheiten, die jungen Menschen Beteiligung und Mitgestaltung sichern und eine Lebensbewältigung in herausfordernden Zeiten gelingen lassen. Der Rechtsruck ist Ausdruck des Frustes junger Menschen mit dem Verhalten der Erwachsenen. Wir sollten ihnen nicht das Vertrauen entziehen, sondern um ihres werben. Wir sollten nicht so tun, als gäbe es keine politischen Versäumnisse - junge Menschen durchschauen solche Manöver nur zu leicht. Wir sollten den Austausch mit ihnen aktiv suchen, ihren Willen zur Gestaltung nutzen, sie ermutigen und einbeziehen. Es geht auch darum den Dialog und die Begegnung zwischen Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Hintergründe zu fördern. Dies kann, verbunden mit einem gemeinsamen Ziel und Anerkennung, Vorurteile abbauen und ein Gefühl von Gemeinschaft stärken. Es kann dazu beitragen, dass Jugendliche weniger anfällig für rechtsextreme Ideologien werden.

2. Politische Bildung und Medienkompetenz

Eine weitere Aufgabe besteht darin, Diskurse zu fördern, die die strukturellen Ursachen sozialer Probleme beleuchten und den Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich kritisch mit ihren eigenen Einstellungen und Handlungen auseinanderzusetzen. Dies erfordert seitens der Erwachsenen eine Offenheit, Empathie und die Fähigkeit, Jugendliche auf ihrem Weg zu begleiten. Politische Bildung sollte an Schulen verstärkt werden, damit eine kritische Auseinandersetzung mit demokratischen Werten stattfindet und Jugendliche die Bedeutung von Demokratie, Menschenrechten und Toleranz für sich erkennen können. Hier geht es um Sachinformation, aber auch um alltägliche Erfahrungen. Medienkompetenzprogramme sollten junge Menschen darin stärken, Fake News und extremistische Inhalte zu erkennen und die Dynamik Sozialer Medien kritisch zu hinterfragen. Jugendliche können frühzeitig für die Gefahren von Populismus und Extremismus sensibilisiert werden.

3. Förderung von Resilienz, Stärkung der sozialen Integration

Präventive Maßnahmen können dazu beitragen, Jugendliche emotional und kognitiv zu stärken, um besser mit Krisen, Unsicherheiten und gesellschaftlichen Herausforderungen umzugehen. Eine gelingendere Lebensbewältigung kann dort die Anfälligkeit für extremistische Ideologien und Gruppeneinbindungen verringern, wo dies als Kompensation genutzt wird. Jugendliche sollten durch gezielte Programme gefördert werden, die ihnen Perspektiven aufzeigen und ihnen ermöglichen, gesellschaftliche Teilhabe zu erfahren. Sport-, Kultur- und Bildungsprojekte können hier wichtige Impulse setzen.

4. Präventive Arbeit in der Familie

Eltern müssen in die Präventionsarbeit einbezogen werden. Durch Elternbildung und Sensibilisierung für die Funktion Sozialer Medien, die Ansprachewege der Extremen Rechten und für demokratische Werte kann der Einfluss rechtsextremer Einstellungen im familiären Umfeld reduziert werden. Beratungsangebote bieten Unterstützung, wenn Rechtsextremismus in der Familie zu Konflikten führt.

5. Distanzierungsarbeit und Ausstiegshilfen

Soziale Arbeit hat in der Gesellschaft die wichtige Funktion, soziale Umbrüche zu begleiten und den Prinzipien der Menschenrechte, der sozialen Gerechtigkeit und der Partizipation verpflichtet zu bleiben. Ein zentraler Ansatzpunkt der Sozialen Arbeit ist die direkte und alltagsnahe Begleitung von Menschen, insbesondere von Jugendlichen, die von rechtsextremen Ideologien gefährdet sind. Distanzierungsarbeit ermöglicht in einem intensiven Begleitprozess Selbstverstehensprozesse, baut Motivationen zur Veränderung auf, reduziert Gruppenzugehörigkeiten und fördert eine Reflexion rechtsextremer Ideologieelemente.

6. Den rechtsextremen Kulturkampf durchschauen und intervenieren

Rechtsextreme wollen eine andere Gesellschaft, ein anderes politisches System. Die Wege dahin reichen vereinfacht vom Kulturkampf und Aushöhlung der Demokratie bis zu Gewalt und Revolution. Im Kulturkampf werden seit vielen Jahren Themen,



Begriffe und Feindbilder der Extremen Rechten mehr oder weniger subtil in den gesellschaftlichen Diskurs und die gesellschaftliche Mitte eingebracht. Deren antiliberalen, antidemokratischen, antigalitären und ultranationalistischen Ideologie beeinflusst den Diskurs bereits nachhaltig. Seit Jahren wird die repräsentative Demokratie und ihre Vertreter*innen, werden Menschenrechte, gesellschaftliche Emanzipation und eine multikulturelle Gesellschaft angefeindet, wird Migration mit Kriminalität gekoppelt, Stimmung gegen Muslime oder Jüd*innen gemacht und werden Untergangsszenarien verbreitet. Ziel ist ein Umsturz der Verhältnisse. Der Kulturkampf der Extremen Rechten wird im Wahlkampf und in den Parlamenten geführt, in sozialen Netzwerken und Foren, in Bürgerversammlungen und am Arbeitsplatz, am Stammtisch und in den Familien. Er bereitet Taten vor und legitimiert diese. Und er erreicht insbesondere junge Menschen, die in sozialen Netzwerken nach Zugehörigkeit und Informationen suchen. Es ist wichtig, diese Strategie und die mögliche eigene Verstrickung darin zu durchschauen. Es ist wichtig zu intervenieren: im Alltag, an der Schule, im Freundeskreis. Wem Freiheitsrechte wichtig sind, muss sich diesem Kulturkampf stellen.

LITERATUR

- » Albert, M./Hurrelmann, K./Quenzel, G. (2019): *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort.* - Weinheim: Beltz-Verlag [18. Shell-Jugendstudie]
- » Calmbach, M. u.a. (2024): *Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2024 - Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland.* - Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung [https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/u18_SINUS-Jugendstudie_Wie-ticken-Jugendliche_2024_Print_24-06-07_Sperrfrist_12.06.24_12.00.pdf]
- » Goede, L.-R./Schröder C.P./Lehmann, L. (2019): *Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“* - Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN) [https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_151.pdf]
- » Schnetzer, S./Hampel, K./Hurrelmann, K. (2024): *Trendstudie - Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber.* - Kempten: Datajockey Verlag
- » Zick, A./Küpper, B./Mokros, N. (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.* - Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung [https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05af-f649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd]
- Torsten Niebling arbeitet als Diplom-Pädagoge in den Projekten „Rote Linie - Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus“ und „seed - Prävention im Jugendstrafvollzug“ beim St. Elisabeth Verein in Marburg (www.rote-linie.net).*

TEXT Torsten Niebling, *Rote Linie - Pädagog. Fachstelle RE*
 FOTO1 Free for use under Pixabay Content License, pixabay.com
 FOTO2 Demo in Ingelheim, *In-RAGE*



„Manchmal darf ich wählen“

Von der Idee zum Film - Vom BJA-Foyer auf die Kino-Leinwand

Wir befinden uns im Juni 2024 nach Christus. Ganz Rheinland-Pfalz begibt sich auf den Weg zur Wahlurne. Ganz Rheinland-Pfalz? Nein! ...

Wäre es ein Zeichentrickfilm geworden, dann hätten wir ihn vielleicht so oder so ähnlich beginnen lassen.

Dann hätte allerdings ein Satz über eine unbeugsame Gruppe von Menschen folgen müssen, die nicht aufhört, Widerstand zu leisten ... und dann wiederum hätten wir uns überlegen müssen, ob diese unbeugsame Gruppe nun diejenigen sind, die nach wie vor verhindern, dass in Rheinland-Pfalz 16- und 17-Jährige an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen oder aber diejenigen, die das nicht länger hinnehmen wollen.

Alles in allem wäre der Vergleich mit Asterix' Gallischem Dorf also reichlich komplex geworden - möglicherweise einer der Gründe, weshalb wir uns entschieden haben, doch lieber eine Reportage zu drehen.

Dass Jugendliche zwar bei der Europawahl ihre Stimme abgeben durften, nicht aber bei Entscheidungen in ihrem direkten Umfeld, diente uns als Ausgangspunkt. Welche Gründe gibt es, ein Wahlalter ab 16 zu befürworten oder abzulehnen?

Was denken Personen aus Politik und Gesellschaft dazu? Und allem voran: wie erleben Jugendliche selbst diese Situation?

Die Antworten auf diese und weitere Fragen konnten sich Zuschauer*innen zum ersten Mal am 6. November 2024 zu Gemüte führen. Produziert von Studio Sittel aus Worms, organisiert und begleitet von Sascha Zink, Magdalena Bomhard und Janna ten Thoren, feierte die Reportage „Manchmal darf ich wählen“ in der Wormser Kinowelt ihre Premiere. Ein rundum gelungener Abend, um die Arbeit aller Beteiligten zu feiern. Insbesondere jene von Paul, Ruth und Tim, den Protagonist*innen des Werks (s. Foto v.l.n.r.).

Ein Meilenstein also und doch nicht das Ende der Reise! In Bälde ist der Film im Internet für alle frei verfügbar, im Februar folgen darüber hinaus Lehrmaterialien. Seid gespannt auf Inspiration und fertige Einheiten für die Einbindung in den Politik-/Sozialkundeunterricht sowie für die außerschulische politische Bildung.

Auf der Website manchmalwaehlen.de (auch auf Instagram) halten wir euch auf dem Laufenden!

TEXT Magdalena Bomhard, Referat Politische Bildung
FOTO Studio Sittel

Nach der „Generation jetzt!“ ist vor dem Jahresthema

Zwei Kampagnen stehen im Fokus der politischen Bildung

Das Jahresthema Braun ist keine Farbe des Regenbogens - für eine vielfältige, demokratische Gesellschaft wurde auf der BDJ Diözesanversammlung im Juni 2024 für das Kalenderjahr 2025 beschlossen.

Durch das Platzen der Regierungskoalition und der Neuwahl im Februar wurde der Plan, neun Monate lang mit Veranstaltungen und Aktionen auf die Bundestagswahl hinzuwirken, hinfällig.

Bis zur Neuwahl am 23. Februar steht die Kampagne Generation jetzt! des Bundes-BDKJ daher im Fokus der Arbeit.

Anschließend beginnt das Aktionsjahr mit Angeboten unterschiedlicher Länge, von wenigen Stunden bis zu mehreren Tagen. Thematisch stehen unter anderem antirassistische Bildungsarbeit, die Pluralität jüdischen Lebens sowie der Besuch von Gedenkstätten auf dem Programm.

Ziel ist es, deutlich zu zeigen, dass gesellschaftliches Engagement mehr ist, als am Wahntag ein Kreuz zu machen. Es kommt darauf an, auch nach der Bundestagswahl Kirche und Gesellschaft aktiv mit zu gestalten und die Jugendverbandsarbeit als Werkstätte der Demokratie ins Zentrum

der Arbeit zu rücken. Das Aktionsjahr dient daher der Beschäftigung mit den inhaltlichen Positionen des BDJ Diözesanverbandes und seiner Mitgliedsverbände. Diese werden verständlich dargestellt, in Diskussionen verdeutlicht und durch gemeinsame Veranstaltungen vertieft. Damit wirken Sie in die verschiedenen Verbände und in die Gesamtgesellschaft hinein.

Auf unserer Homepage werden bis zur Bundestagswahl unter dem Reiter „Generation jetzt!“ Informationen zur Kampagne bereitgestellt und die Aktivitäten der Verbände sowie des Diözesanverbandes kommuniziert. Anschließend wird hieraus der Reiter zum Jahresthema, welcher die einzelnen Positionen des BDJ darstellt. Hier finden ihr Veranstaltungen und Angebote um das gesellschaftliche Engagement zusammen zu tragen und sichtbar zu machen.

Weitere Veranstaltungen des Aktionsjahres werden unter dem Hashtag [#buntstattbraun](https://twitter.com/buntstattbraun) in den sozialen Medien beworben.

TEXT Florian Eutebach, Referat Politische Bildung
PLAKATE BDJ Mainz



Was tun in Zeiten des Rechtsrucks?

Das Netzwerk für Demokratie und Courage als Reflexions- und Empowerment-Raum

Wir leben - so hört man es gerade überall - in krisenhaften Zeiten. Es gibt unterschiedliche Ansätze, mit dem Rechtsruck und seinen Folgen umzugehen. Politische Bildung gegen Menschenverachtung und für eine demokratische, vielfältige Gesellschaft, ist eine davon, etwa im Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen.

Mit politischer Bildung in Form von Projekttagen und Workshops erreicht das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) viele Jugendliche. Sei es in Schulklassen, Jugendverbänden, Jugendzentren - es geht darum, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen und auf Augenhöhe darüber zu sprechen, was Diskriminierung ist, was sie mit Betroffenen macht, wie man sich im Alltag couragiert verhalten kann. Themen, die dabei besprochen werden, sind Rassismus, Antisemitismus, Klassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit.

Gesellschaft verstehen und eigene Verantwortung erkennen

Zentrale Fragen dabei sind: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Wie kann ich meine eigenen Interessen vertreten und mich für andere Menschen in schwierigen Lagen einsetzen? Wie engagiere ich mich für Demokratie und Menschenrechte? Ziel der Projekttag ist, die Wahrnehmung eigener Verantwortung und - ganz grundsätzlich - eine demokratische Kultur zu stärken.

Das NDC wurde 1999 in Sachsen gegründet und ist inzwischen in 13 Bundesländern aktiv. Seit der Gründung wurden bundesweit über 5.200 junge Erwachsene qualifiziert, die als Teamende die Projekttag umsetzen. Aktuell sind 500 Aktive an Schulen, Jugendeinrichtungen oder in Vereinen unterwegs. Sie setzten 2024 knapp 1.200 Projekttag und Workshops für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Pädagog*innen um. In Hessen wurde das NDC 2005 von der DGB-Jugend und dem BDJ Hessen initiiert, seit 2016 ist der Hessische Jugendring Träger des hessischen NDC. Sitz ist in Wiesbaden, die Angebote finden hessenweit statt.

Gemeinsam sind wir weniger allein

Neben der politischen Bildung für Jugendliche in den Projekttagen ist eine wichtige Kernkompetenz des NDC die Aus- und Weiterbildung von Teamenden. Diese jungen Menschen sind - auch über ihr Engagement im NDC hinaus- wichtige Multiplikator*innen für demokratische Werte. In einer einwöchigen Teamschulung werden sie mit den Kernprojekttagen des NDC und dem nötigen Handwerkszeug vertraut gemacht. Sie diskutieren, geben und bekommen Feedback und lernen voneinander. Sie reflektieren ihre Rolle als politische Bildner*innen und unterstützen sich - auch nach der Teamschulung, in der Bildungsarbeit der Projekttag, bei Teamtreffen und andernorts. Zusammen mit weiteren Möglichkeiten der Weiterbildung entstehen so diverse Räume der Selbstreflexion und der gegenseitigen Bestärkung. Wir sind nicht allein im Engagement für eine bessere Gesellschaft!

Das ist auch ein wichtiges Ziel mit Blick auf die Jugendlichen. Gerade in diesen Zeiten ist es besonders wichtig, dass Jugendliche, die queer, von Rassismus betroffen, in ihrer Umgebung allein mit ihrer demokratischen Haltung sind, sehen, dass es andere Realitäten gibt. Dass es Menschen und Organisationen gibt, die solidarisch sind und sich mit ihnen für eine Gesellschaft einsetzen, in der wir alle ohne Angst verschieden sein können.

Aktuell ist die Nachfrage nach den Angeboten des NDC sehr hoch, was sicherlich mit der politischen Situation, und konkreter, dem gesellschaftlichen Rechtsruck zusammenhängt. Wer sich mit dem NDC für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft einsetzen möchte, ist herzlich willkommen - sei es als Organisation, die sich für unsere Angebote interessiert, oder als Teamer*in!

» <https://www.netzwerk-courage.de/hessen/>

TEXT Julia Müller, NDC Netzwerk für Demokratie und Courage Hessen
FOTO www.netzwerk-courage.de



REZENSION

Lotta - Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift „Lotta“, befasst sich mit einem aufklärerischen Anspruch im Wesentlichen mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Sie versteht sich als ein Sprachrohr der vor allem außerparlamentarischen antifaschistischen Bewegung. Neben Informationen über die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene und deren Umfeld finden sich in Lotta auch regelmäßig Hinweise auf und Berichte über Aktionen der linksautonomen Antifa und anderer inhaltlich nahestehender Gruppierungen, zu denen die Zeitschrift mit zu mobilisieren versucht.

Jedes Heft hat ein Schwerpunktthema. Bisherige Ausgaben widmeten sich unter anderem folgenden Themen: dem aktuellen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland, „Der Rechtsstaat und die Rechte“, „Neonazis im Internet“ ...

» **Art des Mediums:** 64-seitiges Magazin
» **Erscheinungsweise:** vierteljährlich
» **Einzelabo:** 4 Ausgaben Inland 19 Euro / Ausland 27 Euro
» **Abobestellung:** lotta-vertrieb@nadir.org

@ndc_rlp

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites Netzwerk, in dem sich junge Menschen für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken engagieren. Seit 2002 bildet das NDC in Rheinland-Pfalz freiwillig Engagierte als Teamer*innen aus, die an Schulen und Bildungseinrichtungen Projekttag und Seminare umsetzen. Ziel der jeweiligen Projekttag ist es, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu mehr Zivilcourage und demokratischem Handeln zu ermutigen und präventiv gegen Diskriminierung vorzugehen.

@solinet_rlp

SoliNet ist eine zentrale Beratungsstelle gegen Hass und Gewalt im Netz in Rheinland-Pfalz.

Es gibt psychosoziale Beratung, technische Hilfestellungen (u.a. zu Online-Beweissicherung sowie Löschen und Melden von Online-Inhalten), Beratung zu Online-Kommunikationsstrategien und Counterspeech, Tipps zur Online-Sicherheit, kostenfreie erste juristische Einschätzung mit Hilfe einer Anwält*innenkanzlei, um strafrechtliche Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Beratung ist vertraulich, auf Wunsch auch anonym, kostenfrei, dreisprachig, und unabhängig von Behörden.

@demokratiezentrum.rlp

Was ist Antisemitismus und wie viele Reichsbürger gibt es in Rheinland-Pfalz?

Diese und viele andere Fragen und Themen beantwortet das Demokratiezentrum RLP auf seinem Instagram-Kanal. Ziel ist es, diejenigen zu informieren, die sich für den Themenbereich Demokratieförderung und Extremismusprävention interessieren und engagieren sowie im digitalen Bereich demokratiefreundliche, zivilgesellschaftliche und staatliche Positionen sichtbar zu machen.

Wer mehr von uns und unserer Arbeit erfahren möchte, kann uns auf Instagram folgen.

Generation

JETZT!

DEINE STIMME

FÜR DEMOKRATIE



» 23.02.2025

Bundestagswahl

» 27.04. - 04.05.2025

Tun.-Franz.-Deut. Jugendbegegnung

» 27.06. - 29.06.2025

BDKJ-Diözesanversammlung

PRESSUNWMI

Herausgeber

Bund der Deutschen
Katholischen Jugend (BDKJ)
und Bischöfliches
Jugendamt (BJA) Mainz

Am Fort Gonsenheim 54
55122 Mainz

fon 0 61 31 . 25 36 11

fax 0 61 31 . 25 36 65

bdkj-bja-oeffentlichkeitsarbeit

@bistum-mainz.de

www.bdkj-mainz.de

Redaktion

Simone Brandmüller (V.i.S.d.P.),
MBR, Nadine Wacker

Konzeption & Gestaltung

Simone Brandmüller

Satz & Layout

Simone Brandmüller

Titelbild

Mobile Beratung gegen Rechts-
extremismus Regionalstelle Mitte

Korrektorat

Annika Hau

Druck

Druckservice ADIS, 55218 Ingelheim

Gedruckt auf 100 % Altpapier

mit auf pflanzlichen Bindemitteln

basierenden Farben.

**„Ziel der Mobilen Beratung
gegen Rechtsextremismus
(MBR) ist es, ein starkes,
zivilgesellschaftliches Netzwerk
zu schaffen, das dem Rechts-
extremismus entgegenwirkt.“**